



Weinland lehnt Grossregion mit Winterthur ab

Umfrage zu Gebietsreform Das Nein aus dem Zürcher Weinland gegen eine gemeinsame Region mit der Stadt Winterthur ist wichtig. Zu gross seien die Unterschiede, so der Tenor.



Blick auf das Gemeindehaus in Marthalen, dem Herz des Zürcher Weinlandes. Foto: Marc Dahinden



Markus Brupbacher

Soll der Bezirk Andelfingen – also das Zürcher Weinland – aufgelöst und Teil einer Grossregion Winterthur-Weinland werden? Die Region hätte knapp 220'000 Einwohner und würde von Feuerthalen im Norden bis nach Illnau-Effretikon im Süden und von Berg am Irchel im Westen bis nach Hagenbuch im Osten reichen. Es wäre eine von acht derartigen Regionen im Kanton. Dabei würden auch die bestehenden Planungsregionen verschwinden wie etwa die Zürcher Planungsgruppe Weinland (ZPW).

Die Reformidee stammt vom Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPVZH). Die Ergebnisse der Umfrage unter den Zürcher Gemeinden hat der GPVZH am Dienstag veröffentlicht.

«Viel zu gross, überhaupt nicht einverstanden»

Der «Landbote» führte bereits vor der Veröffentlichung eine eigene Umfrage unter den 22 Weinländer Gemeinden durch. Was die Idee einer Grossregion Winterthur-Weinland betrifft, sind die Reaktionen aus dem Bezirk Andelfingen geradezu vernichtend: 20 der 22 Weinländer Gemeinden lehnen eine solche Region teilweise sehr klar ab. «Viel zu gross, überhaupt nicht einverstanden»: So lauten sehr viele Antworten.

«Der in der Region Winterthur aufgehende Bezirk Andelfingen würde seinen Einfluss verlieren und in der Zukunft vollständig von der Stadt Winterthur dominiert», heisst es etwa aus Kleinandelfingen. Auch für den Nachbarn Andelfingen ist «kein Handlungsbedarf ersichtlich». Die heutige Struktur

habe sich bewährt. «Sie weist keine Schwächen auf, die tiefgreifende Veränderungen rechtfertigen würden.»

Auch der Gemeinderat von Marthalen findet eine solche Region zu gross. «Der regionale

«Der Bezirk Andelfingen würde vollständig von der Stadt Winterthur dominiert.»

Gemeinderat Kleinandelfingen

Charakter geht verloren.» Und Stammheim will, dass der Bezirk Andelfingen als Region gilt: «Die überwiegend aus Kultur- und Naturlandschaften bestehende Region hat nichts gemeinsam

mit den Stadt- und urbanen Wohnlandschaften Winterthurs oder Effretikons.» Der Gemeinderat von Flaach findet: «Das Weinland muss unserer Ansicht nach eine eigenständige Region bleiben.» Denn eine Grossregion mit Winterthur werde den Besonderheiten des ländlichen Weinlandes «nicht gerecht».

«Der Gemeinderat hat sich klar gegen den Vorschlag mit dem Zusammenlegen der Region Winterthur mit dem Weinland ausgesprochen», heisst es aus Laufen-Uhwiesen. Das wäre eine Region, «in welcher das Weinland unterginge». Und im Fragebogen aus Berg am Irchel steht: «Stadt zu dominant – Weinland nicht zu Winti.» Der Gemeinderat von Flurlingen findet, dass die Stadt Winterthur wie Zürich eine eigene Region bilden müsse ohne das ländliche Weinland.

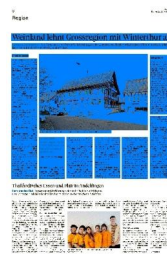
Kritisch ist auch die Exekutive von Trüllikon. Sie will nicht, dass die diskutierte Reorganisation der Bezirke und Planungsregionen eine «Vorstufe von Gemeindefusionen» wird.

Fünf sagen Ja – oder doch nicht?

Gleich fünf Weinländer Gemeinden sind in der Auswertung des GPVZH auf einer Landkarte grün eingezeichnet: Dachsen, Dorf, Henggart, Thalheim an der Thur und Truttikon. Denn sie haben die Frage nach einem Reformbedarf der räumlichen Gliederung des Kantons – namentlich der Bezirke und Planungsregionen – mit Ja beantwortet; die restlichen 16 Weinländer Gemeinden sagen dazu Nein, Rheinau nahm nicht an der Umfrage teil. Damit kann der Eindruck entstehen, diese fünf Gemeinden würden auch die Grossregion Winterthur-Weinland befürworten.

Doch dem ist mitnichten so, wie die Auswertung dieser Zeitung zeigt. So schreibt der Gemeinderat Dachsen, dass die Grösse der Region Winterthur-Weinland «für unseren ländlichen Raum und die randliche Lage im Kanton zu gross ist». Bezogen auf die Auflösung der Bezirke und Neubildung der Regionen kommt auch Kritik aus Dorf, Henggart, Thalheim und Truttikon.

Wie aber kann es dann sein, dass diese Gemeinden auf der Karte grün eingezeichnet sind? Einige von ihnen beantworteten die erste Frage «Sind Sie der Meinung, dass die räumliche Gliederung, namentlich die Bezirke und Planungsregionen, des Kantons Zürich reformiert werden sollte?» zwar mit Ja, bezogen dies aber auf die sogenannten funktionalen Räume und nicht auf die



neuen Grossregionen – geschweige denn auf jene von Winterthur-Weinland.

Exemplarisch dafür ist das Beispiel Henggart: Der Gemeinderat beantwortet diese Frage zwar mit «Ja». In seinen Antworten auf die weiteren Fragen aber hält er die vorgeschlagene Regionengrösse als «viel zu gross» und ist «nicht einverstanden» mit der Zuweisung zur neuen Region Winterthur-Weinland.

Umfrage des «Landboten»

Das Zürcher Weinland – der Bezirk Andelfingen – umfasst 22 Politische Gemeinden. Die drei Gemeinden Laufen-Uhwiesen, Ossingen und Trüllikon hatten ihre Meinung zur Grossregion Winterthur-Weinland bereits vorher von sich aus publiziert. Von den 19 kontaktierten Gemeindegemeinschaften antworteten 17 dem «Landboten»: Rheinau hatte auf eine Teilnahme an der Vernehmlassung des GPVZH verzichtet; Adlikon und Buch am Irchel hatten zwar daran teilgenommen, wollten ihre Stellungnahme aber nicht zur Verfügung stellen; Volken und Thalheim an der Thur schliesslich reagierten nicht auf die Anfragen. Somit erhielt diese Zeitung – nebst den 3 bereits vorliegenden – 14 Stellungnahmen. Zusätzlich ging die Position der ZPW ein, also der Planungsgruppe, die sämtliche 22 Weinländer Gemeinden umfasst. (mab)



Widerstand gegen eine Grossregion

Das Limmattal und das Knonaueramt sprechen sich gegen ein Zusammengehen aus. Kantonsweit kommen neue Strukturen aber gut an.

Katrin Oller

Im vergangenen März hat der Gemeindepräsidentenverband (GPV) – der neu geschlechterkonform Verband der Gemeindepräsidenten heisst – die Idee lanciert, den Kanton Zürich neu aufzuteilen. Aus den zwölf Bezirken sollen acht Regionen werden. Geografisch orientiert sich der GPV an den Planungsregionen. Die Bezirke Dietikon und Affoltern würden in einer Region zusammengelegt. Zusammengeführt zu einer Grossregion würden auch die Bezirke Winterthur und Andelfingen sowie Dielsdorf und Bülach.

Bis im Sommer konnten die Gemeinden, Bezirksräte und Planungsregionen ihre Meinung kundtun. Jetzt hat der GPV die Umfrage ausgewertet: 56 Prozent und damit eine knappe Mehrheit der Gemeinden, die sich beteiligt haben (139 von 162), spricht sich für die neuen Grossregionen aus.

Auf Zustimmung stösst die Reform etwa im Zürcher Oberland, auch die Idee einer neuen Region Glattal kommt dort an. Dafür wird Uster statt zur Region Oberland zur Flughafenregion geschlagen. Auch die Stadt Zürich ist mit der GPV-Idee einverstanden, denn dort bliebe alles beim Alten.

Das Limmattal verbindet wenig mit dem Säuliamt

Wenig überraschend wehren sich vor allem diejenigen Gemeinden gegen eine Neustrukturierung, die am stärksten da-

von betroffen wären.

So will das Knonaueramt partout nicht zum Limmattal gehören – und umgekehrt wollen sich die Limmattaler nicht in Richtung Säuliamt orientieren. In den beiden betroffenen Bezirken Dietikon und Affoltern haben sich nur gerade vier Gemeinden dafür ausgesprochen, dass die räumliche Gliederung überhaupt angeschaut und allenfalls reformiert werden sollte. Und keine Einzige hat sich für die vorgeschlagene Grossregion Limmattal-Knonaueramt ausgesprochen.

Wenn die Planungsregionen überhaupt zusammengelegt werden müssten, dann schlagen die Knonauer Gemeinden die Region Zimmerberg am linken Zürichseeufer als Partner vor. «Die Bedürfnisse im Limmattal sind absolut anders als im Bezirk Affoltern», hielt etwa die Gemeinde Affoltern fest. Und auch die Dietiker Bezirksgemeinden sehen keine Gemeinsamkeiten: «Das Limmattal und das Knonaueramt sollten je eine separate Region bilden», schrieb die Stadt Schlieren.

Der zweite grosse Widerstand kommt aus dem Weinland. Die Grossregion Winterthur-Weinland stösst zwar in der Grossstadt Winterthur auf Zustimmung, im Weinland aber fast durchgehend auf Ablehnung. Gleich wie der Bezirk Affoltern fürchtet der Bezirk Andelfingen einen Autonomieverlust. Der Vorschlag verstärke die

Dominanz der urbanen Gebiete und werde den Besonderheiten der ländlichen Gebiete zu wenig gerecht, heisst es in den Stellungnahmen der Gemeinden.

Das zweite Thema der Umfrage waren die sogenannten funktionalen Räume. Die Arbeitsgruppe des GPV schlägt 31 davon vor. Dabei achtete man auf bestehende Zusammenarbeit wie Kreisschulgemeinden oder topografische Kriterien wie Täler, Flüsse und Hügel. Jeder funktionale Raum soll über ein Zentrum und mindestens 10 000 Einwohner verfügen. Sie könnten sich Aufgaben teilen wie etwa die Spitex, Betriebsämter oder die Feuerwehr.

Dieser Idee stimmen 57 Prozent der Gemeinden zu. Die Gegner wehren sich gegen den

«Die Bedürfnisse im Limmattal sind absolut anders als im Bezirk Affoltern.»

Gemeinde Affoltern

starren Rahmen. Je nach Thema soll die Zusammenarbeit flexibel erfolgen. Manche Gemeinden finden die funktionalen Räume zu gross oder halten eine weitere Ebene zwischen Gemeinden und Regionen für unnötig.

Mark Eberli (EVP), Stadtpräsident von Bülach und Leiter der



GPV-Arbeitsgruppe, sieht das Umfrageresultat positiv, wie er am Dienstag vor den Medien sagte. Vor allem, dass sich die meisten Gemeinden vorstellen könnten, Aufgaben wie die Planung von Pflegebetten den Regionen zu delegieren. «Da der Kanton als zu grosse Einheit gesehen wird, wären solche Regionen sinnvoll», sagt Eberli.

Diskussion angestossen – erstes Ziel erreicht

GPV-Präsident Jürg Kündig (FDP, Gossau) sieht seine Erwartungen erfüllt: «Unser Ziel war es, die Diskussion zu lancieren. Das ist uns vor allem dort, wo Widerstand aufkam, gut ge-

lungen.» Nun müsse man dafür sorgen, dass die Wellen nicht wieder verebten. Im Januar will die Arbeitsgruppe die Kantonskarten nochmals überarbeiten. «Alle können wir nicht zufriedenstellen, aber wir versuchen, dort etwas zu verändern, wo es tiefrote Reaktionen gab», sagt Eberli. Man sei auch bereit, die Marke von 10 000 Einwohnern pro funktionalen Raum je nach Region zu unterschreiten.

Danach wolle man mit den Gemeinden entscheiden, welche politischen Schritte anstehen. Dies könnte laut Kündig die Übergabe des Projekts an den Kanton Zürich sein. Die Direktion der Justiz und des Innern ist

bereits in die Arbeitsgruppe involviert. Möglich wäre aber auch eine Behördeninitiative oder ein Prozess von unten nach oben, wobei die funktionalen Räume sich bei verschiedenen Themen selbst zusammenfinden und sich so definieren, wie Kündig ausführte.

«Unsere Botschaft ist, dass nicht alle Gemeinden alles leisten müssen», sagt Kündig. «Denn zusammen sind sie stärker.» Für das Miteinander brauche es sowohl die kleinen Gemeinden, die Hilfe brauchten, als auch die grossen Zentren, die diese bieten können.



Wenn Regionen fremdeln: Das Weinland will nicht im Grossraum Winterthur aufgehen

Der Vorschlag für die Bildung von acht Regionen anstelle der zwölf Bezirke im Kanton Zürich stösst nur auf verhaltene Zustimmung. Umso wichtiger erachtet der Gemeindepräsidentenverband (GPV) die verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen.

03.11.2020, Stefan Hotz

Gebietsreformen sind eine heikle Sache. Gemeindefusionen kamen in den letzten Jahren nur zögerlich unter sanftem Druck und mit finanzieller Unterstützung des Kantons in Gang. Selbst die Struktur der Bezirke ist in den Köpfen und vielleicht sogar in den Herzen verankert. Zwei Versuche, grössere Regionen zu bilden, scheiterten in den siebziger Jahren und im Verfassungsrat zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Gleichwohl unternahm der Gemeindepräsidentenverband, der neu gendergerecht «Verband der Gemeindepräsidien des Kantons Zürich» (GPV) heisst, Anfang März einen neuen Anlauf. Kurz vor dem Lockdown stellte er den Vorschlag zur Diskussion, die zwölf Bezirke und elf Planungsgruppen neu zu acht Regionen zu bündeln, die jeweils beide Funktionen erfüllen sollten. Am Dienstag präsentierte er das Resultat der Vernehmlassung.

Furcht vor urbaner Dominanz

Eine Grundwelle für die Erneuerung förderte diese nicht zutage. Von den 139 Gemeinden (genauer ihren Exekutiven), die den Fragebogen beantworteten, erkennen 78 oder 56 Prozent einen Reformbedarf, 61 oder 44 Prozent hingegen nicht. Als Gründe für die Ablehnung wurde angegeben, dass die Fragestellungen in den grösseren Gebieten zu unterschiedlich seien und sich die bestehende Gliederung bewährt habe. Vor allem ländliche Gebiete befürchten, unter die Dominanz der Städte zu geraten.

Das zeigt sich insbesondere dort, wo der GPV vorschlug, zwei Bezirke zusammenzulegen. So wehrt sich das Weinland dagegen, zur flächenmässig grössten Region Winterthur geschlagen zu werden. Und im Knonauer Amt kann man sich fast unisono gar nicht vorstellen, mit dem Limmattal eine Region zu bilden.

Der GPV hatte das Pech, dass die Vernehmlassung von der Corona-Pandemie überschattet wurde. Man hätte das Konzept den Gemeinden gerne an Bezirkskonferenzen vorgestellt, was der Lockdown verunmöglicht habe, sagte der Projektleiter Mark Eberli, Stadtpräsident von Bülach. So hätte man Missverständnisse ausräumen können. Einige befürchten reflexartig den Verlust der Gemeindeautonomie, obwohl das mit der inneren Struktur des Kantons wenig zu tun hat.

Auf der positiven Seite ist zu vermerken, dass das Zürcher Oberland, das bereits eine bezirksübergreifende Planungsregion bildet, fast durchwegs zustimmend reagierte. Ebenso das Glatttal: Die wirtschaftlich potente Region erstreckt sich heute über drei verschiedene Bezirke.

Die Bezirksräte lehnen das Konzept fast durchwegs ab, während die Planungsgruppen, die bereits funktionale Räume bilden, offen sind. Erfreut ist Eberli, dass sich viele Gemeinden vorstellen können, dass die heutigen Planungsregionen weitere Funktionen erfüllen, etwa den Bedarf an Pflegebetten zu erheben oder die Standortförderung.

Zusammenarbeit wird wichtiger

Kooperation im engeren Raum ist denn auch die zweite wichtige Stossrichtung des GPV. So hat er als Anstoss die 162 Zürcher Gemeinden zu 31 funktionalen Räumen gruppiert, im Wissen darum, dass im Einzelfall viele abwinken. Eberli und der GPV-Präsident Jörg Kündig aus Gossau sind aber überzeugt, dass die Erfüllung der kommunalen Aufgaben in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema wird.



Kleine Gemeinden haben manchmal nicht nur Mühe, Kandidaten für politische Ämter zu finden. Auch die Besetzung von Stellen, vor allem jene der Abteilungsleiter, wird schwierig. «Die Botschaft lautet: Organisiert euch untereinander», sagte Eberli. «Nicht jede Gemeinde muss alles selber machen», bekräftigte Kündig. Der GPV ist über das Echo nicht enttäuscht, sondern überzeugt, etwas in Bewegung gebracht zu haben. Kündig brauchte das Bild des Steins, den man in den Weiher geworfen habe und der an einigen Ort hohe Wellen geworfen habe: «Wir haben die kritischen Stimmen sehr wohl gehört.»

Bis Ende Jahr will der GPV seinen Vorschlag überarbeiten. «Regionen und funktionale Räume» ist eines von vier Themen im Rahmen des kantonalen Projekts «Gemeinden 2030». Danach wird entschieden, ob die zuständige Direktion der Justiz und des Innern tätig wird oder die Gemeinden eine Behördeninitiative einreichen. Möglich ist auch, dass die Gemeinden, was bereits geschieht, die Zusammenarbeit im engeren Rahmen vertiefen oder die Planungsregionen ihren Aufgabenbereich erweitern.



Ländliche Gemeinden, im Bild Rheinau, hegen die Befürchtung, in grossen Regionen von den Städten dominiert zu werden.



Säuliämtler wollen sich lieber mit Zimmerbergern zusammenschliessen als mit Limmattalern

Pascal Unternährer

«Gemeinden 2020» Bezirke gibt es im Kanton Zürich seit 200 Jahren, sie stiften Identität. Dem Verband der Gemeindepräsidenten (GPV) erscheinen die alten Grenzen überholt, er hat im März darum acht Regionen statt der zwölf Bezirke vorgeschlagen. So würden die Bezirke Affoltern und Dietikon in der Region Limmattal-Knonaueramt aufgehen. Andelfingen, Winterthur und der Westteil des Bezirks Pfäffikon würden zur Region Winterthur-Weinland. Bülach und Dielsdorf wären in der Region Unterland vereinigt, die fünf südlichen Gemeinden des Bezirks Bülach würden mit dem Bezirk Uster zur Region Glattal fusioniert. Aus Rest-Pfäffikon und Hinwil würde die Region Oberland. Die GPV schlug auch 31 sogenannte funktionale Räume vor, in denen die Gemeinden Schulen, Wasserversorgung oder Feuerwehren organisieren würden.

Der GPV hat den Vorschlag an die Betroffenen geschickt. Am Dienstag hat der Verband die Resultate präsentiert. Sie fallen durchgezogen aus.

1. 56 Prozent der Gemeinden geben ein positives Feedback. Negativ sieht man es vor allem im Säuliamt und im Weinland. Die Säuliämtler wollen nicht mit den Limmattalern zusammengehen und fühlen sich eher zur Region Zimmerberg hingezogen. Richtung Limmattal äugen eher die Furttaler Gemeinden. Die Andel-

finger Gemeinden fürchten, vom grossen Winterthur geschluckt zu werden. Positiv aufgenommen wird die neue Region Glattal.

2. Begrüsst wird, dass die Regionen den Lead bei Themen wie Planung der Pflegebetten, Standortförderung oder Führungsaufgaben übernehmen könnten.

3. Die Grösse der neuen Regionen wird von der Hälfte der Gemeinden und der Mehrheit der Bezirke und Planungsregionen kritisch beurteilt.

4. Sieben von zehn Bezirksräten sehen keinen Reformbedarf, während sechs von sieben Planungsgruppen grundsätzlich positiv reagieren.

5. 57 Prozent der Gemeinden sind mit den neuen, funktionalen Räumen zur Aufgabenverteilung einverstanden. Ausgeprägt ist der Widerstand im Nordosten des Kantons, inklusive Winterthur.

Nun will der GPV seinen Vorschlag überarbeiten und mit einer neuen Version die kritischen Gemeinden ins Boot holen.

Gleichzeitig folgt der politische Prozess. Möglich sei, dass der Kanton, im Rahmen dessen Projekt «Gemeinden 2020» der GPV-Vorschlag entstand, die Initiative übernimmt. Oder die Gemeinden reichen eine Behördeninitiative im Kantonsrat ein. Klar ist, dass es eine Verfassungsänderung und damit Volksabstimmung braucht, falls der Regionenvorschlag weiterverfolgt wird.



Säuliämter wollen nichts mit den Limmattalern zu tun haben

Die Reaktionen der Gemeinden zu einem einschneidenden Vorschlag, den Kanton Zürich neu zu strukturieren, fallen durchgezogen aus.

Publiziert heute um 20:50 Uhr

Bezirke gibt es im Kanton Zürich seit 200 Jahren, sie stiften Identität. So gesehen ist es immer heikel, an einer derartigen Tradition zu rütteln. Vor knapp 20 Jahren hat es Regierungsrat Markus Notter (SP) im Verfassungsrat versucht, ohne Erfolg. Im März hat der Verband der Zürcher Gemeindepräsidenten (GPV) einen neuen Versuch unternommen, da ihm die alten Grenzen überholt schienen.

Er schlug acht Regionen statt der zwölf Bezirke vor (lesen Sie hier mehr Details zum Projekt). Unter anderem würden die Bezirke Affoltern und Dietikon in der Region Limmattal-Knonaueramt aufgehen. Andelfingen, Winterthur und der Westteil des Bezirks Pfäffikon würden zur Region Winterthur-Weinland. Bülach sowie Dielsdorf wären in der Region Unterland vereinigt, wobei die fünf südlichen Gemeinden des Bezirks Bülach mit dem Bezirk Uster zur Region Glattal fusioniert würden. Aus Rest-Pfäffikon und Hinwil würde die Region Oberland. Zudem schlug der GPV 31 sogenannte funktionale Räume vor, in denen die Gemeinden ihre Schulen, Wasserversorgungen oder Feuerwehren organisieren würden.

Der GPV hat den Vorschlag an die Betroffenen geschickt. Am Dienstag hat der Verband die Resultate präsentiert.

«Die ländlichen Gebiete befürchten eine Dominanz der urbanen Gebiete.»

Sie fallen durchgezogen aus. Das sind die fünf wichtigsten Ergebnisse:

1. 56 Prozent der Gemeinden geben ein positives Feedback. Negativ sieht man es vor allem im Säuliamt und im Weinland. Die Erkenntnisse: Die Säuliämter wollen nicht mit den Limmattalern zusammengehen und fühlen sich eher zur Region Zimmerberg hingezogen. Richtung Limmattal äugen eher die Furttaler Gemeinden. Und die Andelfinger Gemeinden fürchten sich davor, vom grossen Winterthur geschluckt zu werden. «Die ländlichen Gebiete befürchten eine Dominanz der urbanen Gebiete», analysiert Mark Eberli, GPV-Projektleiter und Bülacher EVP-Stadtpräsident. Widerstände gibt es auch in den nordwestlichen Unterländer Gemeinden und am Pfannenstiel. Auffallend: Sehr positiv aufgenommen wird die neue Region Glattal und die Region Oberland, wobei sich Turbenthal gegen eine Abtrennung vom Bezirk Winterthur wehrt.
2. Begrüsst wird, dass die neuen Regionen den Lead bei Themen wie Planung der Pflegebetten, Standortförderung oder Führungsaufgaben übernehmen könnten. «Das ist eine gute Grundlage, um sich weitere Gedanken dazu zu machen», kommentiert Eberli.
3. Die Grösse der neuen Regionen wird von der Hälfte der Gemeinden und der Mehrheit der Bezirke und Planungsregionen kritisch beurteilt.
4. Sieben von zehn Bezirksräten sehen keinen Reformbedarf, während sechs von sieben Planungsgruppen grundsätzlich positiv reagieren. Das erstaunt wenig, würden doch die Bezirke abgeschafft und orientierten sich die Regionen geografisch grosso modo an den Planungsregionen.
5. 57 Prozent der Gemeinden sind mit den 31 neuen, funktionalen Räumen zur Aufgabenverteilung einverstanden. Ausgeprägt ist der Widerstand im Nordosten des Kantons, inklusive Winterthur. Die Gegner wehren sich vor allem gegen einen starren Raum, wobei dies gemäss Eberli falsch verstanden wurde. Nichts soll starr sein. Zwei Drittel der Gemeinden sind zufrieden mit der Zuweisung zum funktionalen Raum. Dieser soll Aufgaben wie Betreuungssämter, Feuerwehr und Spitex übernehmen, neu aber auch Alterswohnungen.



Jörg Kündig, Präsident des inzwischen gendergerecht neu getauften Verbands der Gemeindepräsidenten, hatte im März von einem «Weckruf an die Gemeinden» gesprochen. Am Mittwoch sprach er von einem Stein, den man ins Wasser geworfen habe. Die einen Gemeinden hätten diesen als ganzen Fels wahrgenommen, bei anderen habe dies eher ein Plätschern ausgelöst.

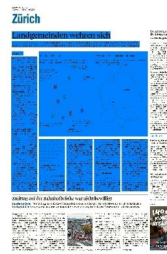
Zentralisierungstendenzen des Kantons entgegenwirken

Es sei klar, das nicht alle Gemeinden alles machen können. Viele Kleingemeinden möchten aber nicht fusionieren, weshalb man andere Wege suchen müsse, sagte der Gossauer FDP-Gemeindepräsident und Kantonsrat. Mit Regionen und funktionalen Räumen könne man die Zusammenarbeit unter den Gemeinden stärken und Zentralisierungstendenzen des Kantons entgegenwirken. «Nur Zürich und Winterthur sind in der Lage, alles allein zu machen», resümierte Mark Eberli.

Nun will der GPV seinen Vorschlag überarbeiten und mit einer neuen Version ab Januar auch die kritischen Gemeinden ins Boot holen. Denkbar sei auch ein Pilotprojekt für einen funktionalen Raum etwa in der Region Bülach.

Initiative im Kantonsrat?

Gleichzeitig folgt der politische Prozess. Möglich sei, dass der Kanton, im Rahmen dessen Projekt «Gemeinden 2020» der GPV-Vorschlag entstand, die Initiative übernimmt. Oder die Gemeinden reichen eine Behördeninitiative im Kantonsrat ein. Klar ist, dass es eine Verfassungsänderung und damit Volksabstimmung braucht, falls der Regionenvorschlag weiterverfolgt wird.



Landgemeinden wehren sich

Neue Kantonsaufteilung Der Gemeindepräsidentenverband will den Kanton in acht Regionen statt in zwölf Bezirke aufteilen. Eine knappe Mehrheit der Gemeinden ist für die Reform, aber der Widerstand ist gross.

Katrin Oller

Im vergangenen März hat der Gemeindepräsidentenverband (GPV) – der neu geschlechterkonform Verband der Gemeindepräsidien heisst – die Idee lanciert, den Kanton Zürich neu aufzuteilen. Aus den zwölf Bezirken sollen acht Regionen werden. Geografisch orientiert sich der GPV an den Planungsregionen. Jene von Winterthur und Weinland, Furtal und Unterland sowie Knonauer Amt und Limmattal sollen jeweils zusammengeführt werden.

Bis im Sommer konnten die Gemeinden, Bezirksräte und Planungsregionen ihre Meinung kundtun. Jetzt hat der GPV die Umfrage ausgewertet: 56 Prozent und damit eine knappe Mehrheit der Gemeinden, die sich beteiligt haben (139 von 162), sprechen sich für die neuen Grossregionen aus.

Auf Zustimmung trifft etwa die Reform im Oberland oder auch die Idee einer neuen Region Glattal. Dafür wird Uster statt zur Region Oberland zur Flughafenregion geschlagen. Auch die Stadt Zürich ist mit der GPV-Idee einverstanden, denn dort bliebe alles beim Alten.

Ablehnung im Knonauer Amt und im Weinland

Wenig überraschend wehren sich vor allem diejenigen Gemeinden gegen eine Neustrukturierung, die am stärksten davon betroffen wären. Das Knonauer Amt will partout nicht zum Limmattal gehören. In dieser neuen Grossregion beträgt

die Zustimmung lediglich 19 Prozent. Wenn die Planungsregionen überhaupt zusammengelegt werden müssen, schlagen die Knonauer Gemeinden die Region Zimmerberg am linken Zürichseeufer als Partner vor.

Der zweite grosse Widerstand kommt aus dem Weinland. Die Grossregion Winterthur-Weinland stösst zwar in der Stadt auf Zustimmung, im Weinland aber fast durchgehend auf Ablehnung. Gleich wie der Bezirk Affoltern fürchtet der Bezirk Andelfingen einen Autonomieverlust. Der Vorschlag verstärke die Dominanz der urbanen Gebiete und werde den Besonderheiten der ländlichen Gebiete zu wenig ge-

«Unser Ziel war es, die Diskussion zu lancieren. Das ist uns vor allem dort, wo Widerstand aufkam, gut gelungen.»

Jürg Kündig (FDP, Gossau)
 Präsident Verband der Gemeindepräsidien

recht, heisst es in den Stellungnahmen der Gemeinden.

Das zweite Thema der Umfrage sind die sogenannten funktionalen Räume. Die Arbeitsgruppe des GPV schlägt 31 davon vor. Dabei achtete man auf bestehende

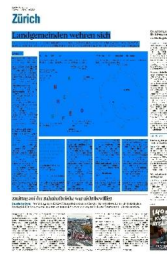
Zusammenarbeit wie Kreisschulgemeinden oder topografische Kriterien wie Täler, Flüsse und Hügel. Jeder funktionale Raum soll über ein Zentrum und mindestens 10'000 Einwohner verfügen. Sie könnten sich Aufgaben teilen wie etwa die Spitex, Betriebsämter oder die Feuerwehr.

Dieser Idee stimmen 57 Prozent der Gemeinden zu. Die Gegner wehren sich gegen den starren Rahmen. Je nach Thema soll die Zusammenarbeit flexibel erfolgen. Manche Gemeinden finden die funktionalen Räume zu gross oder halten eine weitere Ebene zwischen Gemeinden und Regionen für unnötig.

Mark Eberli (EVP), Stadtpräsident von Bülach und Leiter der GPV-Arbeitsgruppe, sieht das Umfrageresultat positiv, wie er am Dienstag vor den Medien sagt. Vor allem dass sich die meisten Gemeinden vorstellen könnten, Aufgaben wie die Planung von Pflegebetten an die Regionen zu delegieren. «Da der Kanton als zu grosse Einheit gesehen wird, wären solche Regionen sinnvoll», sagt Eberli.

GPV-Präsident Jürg Kündig (FDP, Gossau) sieht seine Erwartungen erfüllt: «Unser Ziel war es, die Diskussion zu lancieren. Das ist uns vor allem dort, wo Widerstand aufkam, gut gelungen.» Nun müsse man dafür sorgen, dass die Wellen nicht wieder verebten.

«Nicht alle müssen alles leisten»



Im Januar will die Arbeitsgruppe die Kantonskarten nochmals überarbeiten. «Alle können wir nicht zufriedenstellen, aber wir versuchen dort etwas zu verändern, wo es tiefrote Reaktionen gab», sagt Eberli. Man sei auch bereit, die Marke von 10'000 Einwohnern pro funktionalen Raum je nach Region zu unterschreiten. Danach wolle man mit den Ge-

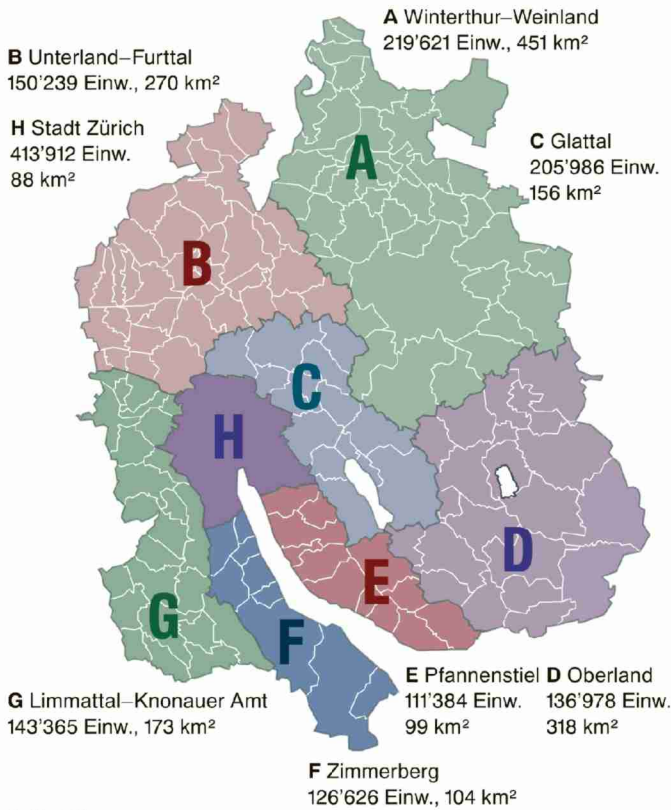
meinden entscheiden, welche politischen Schritte anstehen. Dies könnte laut Kündig die Übergabe des Projekts an den Kanton sein. Die Direktion der Justiz und des Innern ist bereits in die Arbeitsgruppe involviert. Möglich wäre auch eine Behördeninitiative oder ein Prozess von unten nach oben, wobei die funktionalen Räume sich bei verschiedenen

Themen selbst zusammenfinden und sich so definieren.

«Unsere Botschaft ist, dass nicht alle Gemeinden alles leisten müssen», sagt Kündig. «Denn zusammen sind sie stärker.» Für das Miteinander brauche es sowohl die kleinen Gemeinden, die Hilfe benötigten, als auch die grossen Zentren, die diese bieten können.

Szenario mit 8 Regionen

Das Kantonsgebiet ist in 8 Regionen (A–H) gegliedert. Diese Regionen ersetzen die 12 Bezirke und die 11 Planungsregionen.

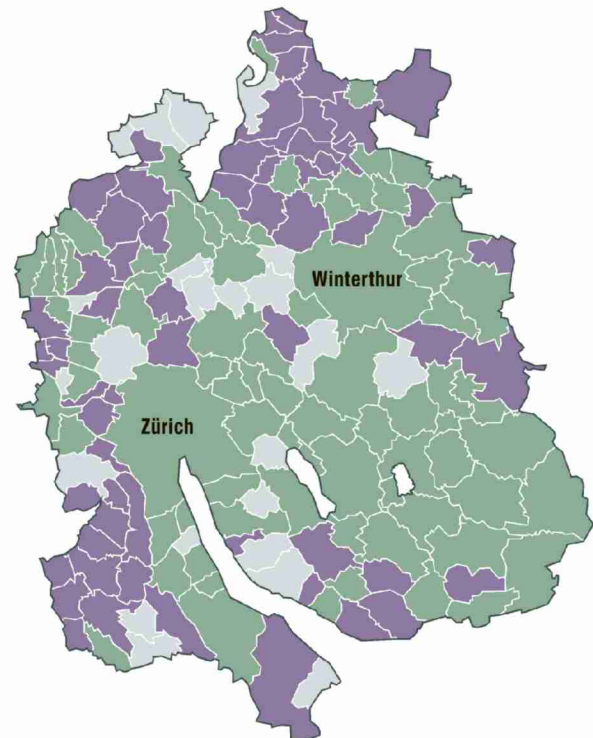


Grafik: da/db

56 Prozent der Gemeinden sind für Reformen

Sind Sie der Meinung, dass die räumliche Gliederung des Kantons Zürich reformiert werden sollte?

■ Ja ■ Nein ■ Keine Antwort





Landgemeinden wehren sich gegen neue Kantonsaufteilung

Der Gemeindepräsidentenverband will den Kanton in acht Regionen statt in zwölf Bezirke aufteilen. Eine knappe Mehrheit der Gemeinden ist für die Reform, aber der Widerstand ist gross.

Publiziert heute um 17:26 Uhr

Im vergangenen März hat der Gemeindepräsidentenverband (GPV) – der neu geschlechterkonform Verband der Gemeindepräsidenten heisst – die Idee lanciert, den Kanton Zürich neu aufzuteilen. Aus den zwölf Bezirken sollen acht Regionen werden. Geografisch orientiert sich der GPV an den Planungsregionen. Jene von Winterthur und Weinland, Furttal und Unterland sowie Knonauer Amt und Limmattal sollen jeweils zusammengeführt werden.

Bis im Sommer konnten die Gemeinden, Bezirksräte und Planungsregionen ihre Meinung kundtun. Jetzt hat der GPV die Umfrage ausgewertet: 56 Prozent und damit eine knappe Mehrheit der Gemeinden, die sich beteiligt haben (139 von 162), sprechen sich für die neuen Grossregionen aus.

Auf Zustimmung trifft etwa die Reform im Oberland oder auch die Idee einer neuen Region Glattal. Dafür wird Uster statt zur Region Oberland zur Flughafenregion geschlagen. Auch die Stadt Zürich ist mit der GPV-Idee einverstanden, denn dort bliebe alles beim Alten.

Knonauer Amt und Weinland wehren sich

Wenig überraschend wehren sich vor allem diejenigen Gemeinden gegen eine Neustrukturierung, die am stärksten davon betroffen wären. Das Knonauer Amt will partout nicht zum Limmattal gehören. In dieser neuen Grossregion beträgt die Zustimmung lediglich 19 Prozent. Wenn die Planungsregionen überhaupt zusammengelegt werden müssen, schlagen die Knonauer Gemeinden die Region Zimmerberg am linken Zürichseeufer als Partner vor.

Der zweite grosse Widerstand kommt aus dem Weinland. Die Grossregion Winterthur-Weinland stösst zwar in der Stadt auf Zustimmung, im Weinland aber fast durchgehend auf Ablehnung. Gleich wie der Bezirk Affoltern fürchtet der Bezirk Andelfingen einen Autonomieverlust. Der Vorschlag verstärke die Dominanz der urbanen Gebiete und werde den Besonderheiten der ländlichen Gebiete zu wenig gerecht, heisst es in den Stellungnahmen der Gemeinden.

Das zweite Thema der Umfrage sind die sogenannten funktionalen Räume. Die Arbeitsgruppe des GPV schlägt 31 davon vor. Dabei achtete man auf bestehende Zusammenarbeit wie Kreisschulgemeinden oder topografische Kriterien wie Täler, Flüsse und Hügel. Jeder funktionale Raum soll über ein Zentrum und mindestens 10'000 Einwohner verfügen. Sie könnten sich Aufgaben teilen wie etwa die Spitex, Betriebsämter oder die Feuerwehr.

Dieser Idee stimmen 57 Prozent der Gemeinden zu. Die Gegner wehren sich gegen den starren Rahmen. Je nach Thema soll die Zusammenarbeit flexibel erfolgen. Manche Gemeinden finden die funktionalen Räume zu gross oder halten eine weitere Ebene zwischen Gemeinden und Regionen für unnötig.

Mark Eberli (EVP), Stadtpräsident von Bülach und Leiter der GPV-Arbeitsgruppe, sieht das Umfrageresultat positiv, wie er am Dienstag vor den Medien sagt. Vor allem dass sich die meisten Gemeinden vorstellen könnten, Aufgaben wie die Planung von Pflegebetten an die Regionen zu delegieren. «Da der Kanton als zu grosse Einheit gesehen wird, wären solche Regionen sinnvoll», sagt Eberli.

GPV-Präsident Jürg Kündig (FDP, Gossau) sieht seine Erwartungen erfüllt: «Unser Ziel war es, die Diskussion zu lancieren. Das ist uns vor allem dort, wo Widerstand aufkam, gut gelungen.» Nun müsse man dafür sorgen, dass die Wellen nicht wieder verebten.

«Nicht alle müssen alles leisten»

Im Januar will die Arbeitsgruppe die Kantonskarten nochmals überarbeiten. «Alle können wir nicht zufriedenstellen,



aber wir versuchen dort etwas zu verändern, wo es tiefrote Reaktionen gab», sagt Eberli. Man sei auch bereit, die Marke von 10'000 Einwohnern pro funktionalen Raum je nach Region zu unterschreiten.

Danach wolle man mit den Gemeinden entscheiden, welche politischen Schritte anstehen. Dies könnte laut Kündig die Übergabe des Projekts an den Kanton sein. Die Direktion der Justiz und des Innern ist bereits in die Arbeitsgruppe involviert. Möglich wäre auch eine Behördeninitiative oder ein Prozess von unten nach oben, wobei die funktionalen Räume sich bei verschiedenen Themen selbst zusammenfinden und sich so definieren.

«Unsere Botschaft ist, dass nicht alle Gemeinden alles leisten müssen», sagt Kündig. «Denn zusammen sind sie stärker.» Für das Miteinander brauche es sowohl die kleinen Gemeinden, die Hilfe benötigten, als auch die grossen Zentren, die diese bieten können.